

Dunkeldeutschland versus Volksabstimmungen in Schweiz und Liechtenstein

geschrieben von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke | 25. Januar 2024

von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke

Dresden galt in DDR-Zeiten sarkastisch als „Tal der Ahnungslosen“ (hier). Seine Bewohner konnten das westliche TV und den westlichen UKW-Rundfunk wegen der geographischen Lage Dresdens im Elbtal nur unter extremen technischen Aufwand empfangen, der zudem strafbewehrt war. In der heutigen Bundesrepublik ist ungünstige Geographie gar nicht mehr nötig, um den gleichen Informationsmangel zu erreichen. Das bringt inzwischen unsere „vierte Gewalt“, bestehend aus Staatsmedien und diesen wie Dackel hinterher hechelnden „freien“ Medien, von ganz alleine fertig, angefangen von ZEIT, FAZ, Süddeutscher Zeitung, ... bis herab zur Regierungspropaganda der politischen Info-Webseite der deutschen Telekom. Zu diesem Desinformationsgebirge in Deutschland nachfolgend zwei stellvertretende Beispiele: Zuerst ein dicker Brocken, danach eine scheinbare Randnotiz, deren Bedeutung aber kaum geringer sein dürfte.

Eine bereits im November erfolgte private Zusammenkunft von Politikern, Geschäftsleuten und weiteren Prominenten im Beisein des Taktgebers der identitären Bewegung Martin Sellner, welche gemäß bisheriger Information nicht einmal ansatzweise gegen deutsches Grundgesetz, Informations- und Meinungsfreiheit verstieß (hier), wurde von den deutschen Medien und einem fragwürdigen, staatlich finanzierten Verein namens Correctiv (hier) mit der Wannseekonferenz des ehemaligen Nazi-Regims assoziiert. Erkennbares Ziel dabei war, von den Bauernprotesten abzulenken, die der Regierung zu gefährlich wurden. Es gelang, die Bauernproteste sind vorerst aus den Medien verschwunden. Zu diesem strategischen Schachzug gehörte dann die Initiierung von Demonstrationen gegen „rechts“, in denen teilweise sogar zur Tötung von AfD-Politikern aufgerufen wurde (hier). Millionen Wähler einer Volkspartei wurden damit quasi „zum Abschuss“ freigegeben.

Correctiv und deutsche Medien sind infolgedessen auf dem besten Wege, einem Bürgerkrieg journalistisch den Weg zu ebnen. Sie haben das demokratische Grundrecht auf freie Rede und Meinung längst im Mülleimer entsorgt. Ferner sind die beruflichen Folgen für die Teilnehmer an diesem Treffen noch gar nicht abzusehen. Ein Taubenschlag war ein Hort der Ruhe gegenüber der öffentlichen Erregung gegenüber einem realen Nicht-Ereignis, welches sich lediglich als bestens geeignet für eine sorgfältig konzertierte linke Propaganda erwies. Überflüssig zu erwähnen, dass die aktuelle deutsche Regierung und der sogenannte Verfassungsschutz die Demonstrationen „gegen Rechts“ begrüßten.

Vielleicht waren sie sogar vorher eingeweiht. Nur spätere Historiker werden die Antwort wissen. Den Beteiligten an den Demonstrationen mangelte es erkennbar an Demokratiekunde und historischem Wissen, was Nazis wirklich waren und welche ungeheuerlichen Verbrechen sie anrichteten. Und nicht nur dies, es kam ihnen nicht in den Sinn, dass eine Demokratie ohne eine rechte Fraktion im Spektrum grundsätzlich keine Demokratie mehr ist, sondern nur noch ein mehr oder weniger kommunistisch-soziales Bündnis. Früher lernte man so etwas im Gemeinschaftskunde-Unterricht. Ebenfalls scheint es nicht bekannt zu sein, dass kein demokratischer Staat dieser Erde einen Verfassungsschutz kennt. Nur Regime wie die Türkei, der Iran, Syrien etc. halten sich ähnliche „Überwachungsorgane“.

Nun zur Randnotiz als zwei weiteren, wesentlich friedlicheren Ereignissen mit Ursprung in Liechtenstein und der Schweiz: Es handelt sich um Volksabstimmungen, die dort aus guten Gründen in deren Verfassungen verankert sind und dringend auch in Deutschland angebracht wären. Das Besondere daran ist, dass alle diese Volksabstimmungen von den deutschen Staats- und sogenannten freien Medien immer dann mit dröhnendem Schweigen bedacht werden, wenn sie nicht in ihr politisches Konzept passen. Entsprechend hatte der Autor von diesen beiden Ereignissen auch nur deswegen Kenntnis bekommen, weil er gute Freunde in beiden südlichen Nachbarländern hat.

Liechtenstein hat letzten Sonntag, den 21. Januar 2024, per Volksabstimmung der Regierung die vorgesehene Photovoltaik-Pflicht, die Anpassung der Gebäudevorschriften und das Elektronische Gesundheitsdossier untersagt! Die beiden ersten Punkte mit etwa 65%, den dritten mit 53% Mehrheit (hier). In der Schweiz läuft gerade eine Volksabstimmungs-Initiative gegen Windräder (hier), die aber noch nicht so weit gediehen ist, um hier näher auf sie einzugehen.

Ob angesichts der hier geschilderten Umstände ein direkter Vergleich der aktuellen bundesdeutschen Informationslage für den Bürger mit der Informationslage in der ehemaligen DDR angebracht ist, sei jedem selber nachdenkenden Leser überlassen.

RWE 2,6 Mrd. EUR Staatsknete

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 25. Januar 2024

Es ist wieder einmal Zeit für eine faszinierende Episode aus der schillernden Welt der staatlichen Beihilfen. Diesmal im Rampenlicht: unser geliebter Energieversorger RWE, dem mit einem beherzten Griff in die Staatskasse eine vorzeitige Stilllegung von Tagebauen in Nordrhein-Westfalen versüsst werden soll.

Die Nachricht von der großzügigen Finanzspritze der EU in Höhe von 2,6 Mrd. Euro, die die Bundesregierung an RWE auszahlen darf, erreichte uns wie ein Silvesterfeuerwerk. Da haben wir es also – unser Steuergeld, das nicht etwa für Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder eine realistische Energiewende eingesetzt wird, sondern für die Beendigung eines sicheren und preiswerten Energieträgers zugunsten reiner Ideologie haut einen glatt von den Schuhen. Dies vor allem auch wegen dem geplanten Ausstieg auch aus den ostdeutschen Braunkohletagebauen. Beides möglichst noch bis 2030.

Woher die dann wegfallende preiswerte und sichere Stromversorgung kommen soll, ohne das das Netz regelmäßig heruntergefahren werden muß, bleibt schleierhaft. Windkraft und Photovoltaik liefern keinen sicheren und sekundengenau bereitgestellten Strom und schon gar keine Wärme, wie unsere Kraftwerke.

Und die notwendige Netzspannung von 50 Hertz in unseren Übertragungsnetzen können die erneuerbaren Energien auch nicht sicherstellen. Dafür fehlt die Rotationsenergie und die Leistungsdichte. Die offizielle Begründung für diese großzügige Zuwendung lautet natürlich, dass RWE damit seinen Beitrag zum Klimaschutz leiste. Auch so eine Mär. Denn das Klima ist eine 30jährige statistische Vergangenheitsbetrachtung von unterschiedlichen Wetterdaten in unterschiedlichen Regionen. Bekanntermaßen kann man die Vergangenheit nicht schützen. Würde man als Ziel den Umweltschutz ausgeben, wäre das konkret und auch vernünftig. In dieser Beziehung hat sich RWE in den vergangenen Jahren durch Renaturierungsmaßnahmen sowie der Anpflanzung von Tausenden von Bäumen wie die RAG (hier) durchaus positiv hervorgetan. Kraterlandschaften hat man jedenfalls nicht hinterlassen.

Es stellt sich daher die Frage, warum ausgerechnet RWE diese großzügige Finanzspritze verdient hat. Hat der Konzern nicht jahrelang von der Kohleverstromung profitiert und somit erheblich zur Versorgungssicherheit von NRW beigetragen? Aber Moment mal, vielleicht sind wir ja einfach zu naiv und verstehen nicht die tiefere Logik: Je mehr man die unsinnige Klimapolitik der Bundesregierung unterstützt, desto mehr Geld bekommt man vom Staat, um die Transformation zum Windkraftanlagenbetreiber nicht selbst bezahlen zu müssen? Ein wahrhaft genialer Ansatz!

Diejenigen, die sich über diese großzügige Unterstützung freuen dürfen, sind sicherlich nicht die Arbeiter in den Tagebauen, die womöglich um ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Nein, es sind die Aktionäre von RWE, die ihre Aktienkurse bejubeln, während sie sich die Hände reiben. Die Menschen vor Ort dürfen derweil auf die ökologischen Wunder hoffen, die mit dem Geld finanziert werden – vielleicht wird ja bald der Himmel von Schornsteinen in Regenbogenfarben erleuchtet.

In einer Zeit, in der viele Menschen um ihre Existenz kämpfen und

drängende gesellschaftliche Probleme gelöst werden müssen, wirkt die großzügige Beihilfe für RWE wie ein schlechter Witz. Vielleicht sollten wir uns beim nächsten Mal überlegen, wofür wir unser hart verdientes Steuergeld wirklich einsetzen wollen. Bei der nächsten Bundestagswahl in 2025 haben Sie dazu wieder mal die Gelegenheit. Sie müssen uns nicht glauben. Aber das sind die Fakten. Sie brauchen noch ein weiteres schlagkräftiges Argument?

Dann schauen Sie sich mal die Energiewende-Politik in den USA an. Die Biden-Regierung verfolgt nämlich auch das nicht zu erreichende Ziel der CO₂-Neutralität. Würde sie dieses Ziel erreichen, gebe es überhaupt kein wirtschaftliches Wachstum mehr. Und wenn man das Spurengas CO₂ aus der Atmosphäre vollständig eliminieren könnte, wären wir alle tot. Sie glauben auch das nicht? Dann schauen Sie einmal in ein X-beliebiges Biobuch und blättern Sie mal unter dem Stichwort Photosynthese nach. Dann werden Sie feststellen, dass alle Pflanzen dringend CO₂ und Glukose benötigen, um Sauerstoff zu produzieren. Und den brauchen Sie, um weiterleben zu können. Wenn Sie das auch nicht glauben wollen, dann ist Ihnen nicht mehr zu helfen.

Zurück zum Windkraftanlagenausbau in den USA. 30.000 Megawatt Offshore-Windkraftanlagen sollen bis 2030 an der Ostküste von New York, New Jersey und Connecticut errichtet werden. Selbst wenn man die gesamte Ostküste mit diesen Riesenmaschinen überziehen würde, könnte man den Strombedarf an windarmen Tagen nicht decken. Auch für die beteiligten Firmen Orsted und Siemens rechnen sich die Anlagen offensichtlich nicht mehr. Hohe Zinssätze, knappe Material- und Ausrüstungslieferketten und die damit einhergehenden steigenden Kosten sowie unzureichende Subventionen (auf die man auch in Amerika setzt!), machen den Betrieb zunehmend unattraktiver. Die Firmen wollen sich zurückziehen.

Kein einziges Windkraft-Projekt in den USA (und auch bei uns) war bisher in der Lage, die Stromversorgung an wind- und sonnenlosen Tagen sicherzustellen. Weder an der Ostküste noch in irgendeinem Dorf der USA. Und kein Politiker hat bisher die Frage beantworten können, wieviel fossile Energien benötigt werden, um das ganze Land mit Windkraft- und Solaranlagen zu überziehen. Und ob dann die Stromversorgung sichergestellt werden kann, darf bezweifelt werden. Denn es fehlt an Großspeichern. Und wenn es sie geben würde, könnten die bei Flaute die gesamte Nation kaum über einen Flautezeitraum von rd. 10-14 Tagen mit Strom versorgen. Und mit Wärme schon gar nicht.

Dem Essener RWE-Konzern scheint das alles völlig egal zu sein. Zwischen 2024 und 2030 will der Konzern 55 Mrd. Euro in weitere Ökostrom-Projekte stecken. 20 Mrd. Euro sollen in die USA gehen. So u.a. für den Bau von Elektrolyseuren, mit deren Hilfe der Konzern grünen Wasserstoff herstellen will.

Diese Todgeburt wird wahrscheinlich alle bisher gezahlten Subventionen in den Schatten stellen und ist noch unwirtschaftlicher als die

Windkraft. Denn für die Umwandlung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff durch Spaltung mit Hilfe von Strom (Elektrolyse, als auch mit jedem anderen technischen Verfahren wie z.B. die Dampfreformierung) wird nicht nur sehr viel Strom benötigt, sondern es gehen bei der Umwandlung auch rd. 70 % der eingesetzten Energie verloren.

Dann muß der Wasserstoff verflüssigt werden, um ihn transportieren zu können. Dabei gehen nochmals rd. 10 % der eingesetzten Energie verloren. Und bei der Umwandlung des flüssigen Wasserstoffs in einer Brennstoffzelle zwecks Stromgewinnung gehen noch einmal rd. 2 bis 5 % an Energie verloren. Unter dem Strich bleibt also nur rd. 15 % an wirklich nutzbarer Energie übrig. Und das die Spaltung und Umwandlung sehr viel Geld verschlingt, braucht nicht extra betont zu werden. Und ob dieser Prozess zukünftig wesentlich preiswerter herstellbar ist, bleibt fraglich.

Das hat auch die Bundesregierung erkannt und will den Wasserstoff in großen Mengen daher in der Wüste herstellen lassen. Da kostet Sonnenstrom angeblich nur eine Kugel Eis. Von den Transport- und Sicherheitskosten war nicht die Rede. Wir hätten dann aber eine gefährliche Abhängigkeitssituation. Gas aus den arabischen Emiraten und Wasserstoff aus Südafrika und keine fossilen Energien mehr bei uns. Hinzu kommt, das das Bundeskartellamt RWE bescheinigt, mittlerweile über die Schwelle eines marktbeherrschenden Konzerns im Strommarkt hinausgewachsen zu sein. Eingegriffen hat das Bundeskartellamt allerdings bisher noch nicht.

Prost Mahlzeit, kann man da nur sagen. Denn ausbaden werden das die Bürgerinnen und Bürger, die sich heute noch in allzu großer Sicherheit wiegen.

Glückauf !

Anmerkung EIKE-Redaktion: Der Beitrag wurde aus den Energie Nachrichten der Reviekohle (hier) unverändert übernommen. Wir danken dafür Herrn Blach herzlich.

In der Schattenwelt der Geldpolitik, Eine Buchbesprechung

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 25. Januar 2024

Die jüngste fatale Entwicklung der deutschen Finanzen hat zahlreiche Gründe. Sie begannen mit der Einführung des Weicheies Euro durch Aufgabe unserer stabilen D-Mark. Und sie enden zur Zeit mit einer Geldschwemme

der Ampel für „Klimaschutz“, Energiewende-Subventionen, Energiewende-Rettungsmaßnahmen und Überweisungen in Milliardenhöhe an Entwicklungsländer, um sie zur Klimaschutz-Weltbeglückung Deutschlands zu bekehren. Nicht zu vergessen sind schließlich die dem deutschen Steuerzahler entzogenen Sozialleistungen infolge der hierzulande jedes Jahr zu Hunderttausenden einfach hereinspazierenden Wirtschaftsmigranten, weil unseren Gesetzen gehorchende Grenzkontrollen von der herrschenden Politik verantwortungslos ignoriert werden. Die Hoffnung, dass diese Migranten fachkundige Mitarbeiter für unsere Volkswirtschaft würden, hat sich leider zum größten Teil nicht erfüllt – trotz positiver und willkommener Ausnahmen.

Die aktuelle Ampel ist Musterbeispiel für das berühmte Zitat von Magaret Thatcher **„Sozialistischen Regierungen geht stets das Geld anderer Leute aus“**. Wie gefährlich ist aber solch eine verantwortungslose Politik? Was hat es mit „übermäßigem Gelddrucken“, was mit „Finanzkrisen“, „schuldenfinanzierten Subventionen“, „fatalen Machenschaften von Investmentbanken“, „staatlichen Anleihenkäufen“, ... auf sich? Und vor allem, welche Rolle spielt dabei der hierzulande aktuelle industrielle Schlüsselfaktor „Energiepreis“? Über die Elefanten im Raum, „Klimaschutz“ und Energiewende, trauen sich die Mainstream-Medien nicht zu berichten, und Industriemanager fürchten um ihren Arbeitsplatz, wenn sie diesen sachlichen Weltrettungs-Unsinn zu deutlich kritisieren.

Solche und insbesondere auch viele Grundsatzfragen werden in dem handlichen Buch des Buchautors **Dr. Lutz Peters** mit dem Titel **In der Schattenwelt der Geldpolitik**, erschienen im Schweizer WELTBUCH Verlag, aufgegriffen und beantwortet. Und es lässt keine „Elefanten“ aus! Dies erfolgt auch für wirtschaftliche Laien verständlich. Den Ursachen der regelmäßig auftretenden Finanzkrisen geht Lutz Peters analytisch auf den Grund und spart dabei nicht mit Vermeidungsmaßnahmen nach dem heutigen wissenschaftlichen Stand. Der Autor dieser EIKE-News ist kein Wirtschaftsexperte und sein Fleiß beim bisherigen Lesen von Wirtschaftsbüchern hält sich in Grenzen. Um so mehr ist er vom Buch von Lutz Peters begeistert, weil dort viele ihm bislang unbekannte Zusammenhänge erklärt werden.

Das Schlusswort des Buchs von Lutz Peters über die aktuelle Finanzsystemkrise Deutschlands ist unmissverständlich und dürfte von jedem vernünftigen und keiner sozialistischen Ideologie anhängendem Zeitgenossen verstanden und geteilt werden. Es lautet: *„Die Energiepreise explodierten. Nur eine wesentliche Erhöhung des europäischen Energieangebots bringt die Preise zurück auf ein wirtschaftlich erträgliches Niveau. Staatliche Subventionen dagegen vergrößern den Schuldenberg und vermitteln die trügerische Illusion real niedriger Preise. Auf Dauer ist diese staatliche Wirtschaftslenkung unbezahlbar. Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ließ sich weder 2008 noch läßt sie sich 2023 durch Geldpolitik ersetzen.“*

Nur ein historischer Text aus der DDR-Zeit?

geschrieben von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke | 25. Januar 2024

von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke

Historische Mitteilung aus dem Präsidium der Karl-Marx-Universität der DDR

An: alle Mitarbeiter, Studenten und Werktätigen

Liebe Genossen des real existierenden Sozialismus: Die Krise des Sozialismus geht uns alle an und fordert uns auch im Alltag!

Unsere Karl-Marx-Universität veranstaltet daher im November 1948 für alle Angehörige eine Sozialismus-Stärkung für mehr sozialistische Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz: Durch viele kleine Veränderungen im Arbeitsalltag soll nicht-sozialistisches Verhalten reduziert werden. Interessierte können sich ab sofort für die Mitmachaktion anmelden. Diese Aktion wurde extra für die Karl-Marx-Universität entwickelt und steht allen interessierten Mitarbeitenden und Studierenden offen.

Sie können zwischen den Bereichen Energiesparen, Ernährung und Mobilität wählen. Hier gibt es besonders viele Möglichkeiten für einen persönlichen Beitrag zum internationalen Sozialismus. Dabei geht es zum Beispiel darum, sich vier Wochen lang vegetarisch oder vegan zu ernähren, mit dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Universität zu kommen, den Büroraum nur bis auf 19 Grad Zimmertemperatur zu heizen oder Mehrwegverpackungen zu verwenden. Unser Flugblatt macht noch weitergehende Vorschläge und erläutert sie. Ihr könnt Euch allein oder zusammen mit weiteren Genossen anmelden...

Ein realer Text aus der Gegenwart (Ähnlichkeiten mit dem obigen DDR-Text sind unbeabsichtigt und rein zufällig)

Mitteilung aus dem Präsidium der TU Berlin, 16. Oktober 2023

An: alle Mitarbeiter*innen, alle Student*innen

Liebe Menschen,

die Klimakrise geht uns alle an und fordert uns auch im Alltag!

Die TU Berlin veranstaltet im November 2023 für alle TU-Angehörige eine

Climate Challenge für mehr Nachhaltigkeit am Arbeitsplatz: Durch viele kleine Veränderungen im Arbeitsalltag soll der Kohlendioxid-Verbrauch reduziert werden. Interessierte können sich ab sofort für die Mitmachaktion über die Webseite <https://go.tu.berlin/climatechallenge> anmelden. Diese Aktion wurde extra für die Technische Universität Berlin entwickelt und steht allen interessierten Mitarbeitenden und Studierenden offen.

Sie können zwischen den Bereichen Energiesparen, Ernährung, Mobilität und Re-Use wählen. Hier gibt es besonders viele Möglichkeiten für einen persönlichen Beitrag zur Klimafreundlichkeit. Dabei geht es zum Beispiel darum, sich vier Wochen lang vegetarisch oder vegan zu ernähren, mit dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Universität zu kommen, den Büroraum nur bis auf 19 Grad Zimmertemperatur zu heizen oder Mehrwegverpackungen zu verwenden. Auf der Webseite werden noch weitergehende Vorschläge gemacht und erläutert. Man kann sich allein oder im Team anmelden.

Bei einer virtuellen **Auftaktveranstaltung am 1. November 2023** erhalten die Teilnehmenden neben einer inhaltlichen Einführung auch Tipps zur Selbstmotivation, um einen Monat lang die gewählten Ziele durchzuhalten. Außerdem werden vier Gruppen (Mobilität, Ernährung, Energiesparen und Re-Use) gebildet, in denen man/frau sich während der Zeit austauschen kann (per Webex, Messengerdienst oder in Präsenz). Jede Woche kommt per Mail eine Nachfrage, ob man es denn geschafft hat, das selbst gesetzte Ziel zu erreichen. Zum Abschluss der Aktion findet am 30. November 2023 erneut ein digitales Treffen statt, bei dem über die eigenen Erfahrungen gesprochen wird. Nach Möglichkeit sollen die Teilnehmenden das eingeübte Verhalten fortsetzen und Kolleg*innen überzeugen, so dass auch dauerhaft eine CO₂-Reduzierung erreicht wird. Hintergrund sind die Bestrebungen der TU Berlin, so schnell, wie möglich klimaneutral zu werden und durch eine ressourcenfreundliche Arbeitskultur einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft zu leisten. Dabei ist das individuelle Verhalten der Mitarbeitenden und Studierenden ein wichtiger Baustein.

Die Teilnahme an der Climate Challenge ist freiwillig und kostenlos. Beim Neujahrsempfang der Präsidentin der TU Berlin im Januar 2024 soll über die Aktion ausführlich berichtet werden.

Die Challenge wird vom Climate Change Center Berlin Brandenburg (www.climate-change.center) organisiert und wissenschaftlich begleitet. Im kommenden Jahr soll sie im Verbund mit anderen Hochschulen im CCC-Netzwerk weitergeführt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen das Climate Challenge Team gern zur Verfügung (030/314-77424, kommunikation@climate-change.center).

Verbleibende Fragen, Antworten, Anmerkungen

1. Der Aufruf der Karl-Marx-Universität ist historisch-korrekt fiktiv, die Aktion der TU-Leitung dagegen leider real.
2. Die Teilnahme an der „Climate Challenge“ bezeichnet die TU-Leitung als **freiwillig**. Die demokratische Frage sei daher erlaubt, „wie freiwillig“, weil nachteilige Maßnahmen gegen nicht mitmachende Angestellte der TU wohl nicht gänzlich auszuschließen sind. Bereits der ehemalige Rektor der TU hatte dem gesamten Personal, einschließlich den Professoren, frei gegeben, damit sich alle an einer FFF-Demo beteiligen konnten – ein unerhörter Vorfall und Verletzung seiner Dienstpflichten.
3. Wie vereinbart sich die Klima-Aktion der TU mit dem politischen Neutralitätsgebot der Universitätsleitung?
4. Die TU-Leitung schreibt *„Nach Möglichkeit sollen die Teilnehmenden das eingeübte Verhalten fortsetzen und Kolleg*innen überzeugen, so dass auch dauerhaft eine CO₂-Reduzierung erreicht wird.“* Ist den Verfassern dieses Satzes eigentlich klar, welche Maßnahmen dunkelster deutscher Vergangenheit sie damit wiedereinführen?
5. Über welche fachlichen Kenntnisse zur globalen Erwärmungswirkung des anthropogenen CO₂ verfügt die Universitätsleitung, wenn sie widersinnig schreibt *„Durch viele kleine Veränderungen im Arbeitsalltag soll der Kohlendioxid-Verbrauch reduziert werden“*, was bedeutet, dass sich die TU-Aktion für **mehr** CO₂-Emissionen einsetzt! Wer hat diesen sachlichen Unsinn-Satz verzapft, ein technischer Fachmann (Fachfrau) wohl kaum?
6. Ist der Universitätsleitung der Protest unzähliger Klimaforscher gegen wirkungslosen „Klimaschutz“ bekannt? Die jüngste der unzähligen wissenschaftlichen Protestaktionen, die im Jahre 1992 als Antwort auf den Klimagipfel von Rio de Janeiro begannen und bis auf den heutigen Tag andauern, ist unter <https://clintel.org> zu finden. Diese jüngste Aktion hat der Physik-Nobelpreisträger von 2022, John Clauser, mitunterschrieben, nachdem sich schon früher Ivar Giaever (ebenfalls Physik-Nobelpreisträger) über „Klimaschutz“ kritisch ausließ (<https://www.youtube.com/watch?v=8vfTLVPqN3Y>). Zur Erinnerung: Klimaforschung ist vorwiegend ein Fachgebiet der Physik.
7. Sollte sich eine technische Universität nicht besser an den in der Klima-Fachliteratur veröffentlichten Erkenntnissen orientieren und politische Propaganda des aktuellen Zeitgeistes unterlassen? Zur Erinnerung: Das IPCC ist eine primär politische und erst nachgeordnet eine wissenschaftlich orientierte Organisation.
8. Der Autor ist sich der Probleme der TU-Leitung bewusst. Wer dem aktuellen grünen Zeitgeist nicht zu Kreuz kriecht, bekommt den Hass der Medien sowie der roten Studentenschaft zu spüren und setzt TU-Mittel seitens der Berliner Regierung aufs Spiel. Der Erhalt demokratischer Rechte, Freiheiten und Verhaltensweisen ist heutzutage aber nicht mehr umsonst zu haben.

BDI im Fahrwasser ideologischer Vorgaben

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 25. Januar 2024

von Andrea Andromidas

Der Klimakongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 25. und 26. September in Berlin setzte genau das falsche Zeichen, und so ist zu befürchten, dass es mit der Industrie in Deutschland weiter rasant abwärts geht. Die Rede von Dr. Siegfried Russwurm brachte durchaus zum Ausdruck, dass man in Industriekreisen schockiert, ja geradezu fassungslos über den jüngsten Abwärtstrend ist. Weil gerade die energieintensiven Teile der Industrie wie Stahl und Chemie wegen der astronomischen Energiekosten unmittelbar bedroht seien, stünde die gesamte Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft auf dem Spiel. Dieser realistischen Einschätzung folgte leider keine kritische Analyse, sondern, wie zu erwarten, ein von Ideologie und politischem Druck getriebener Beschluss: Die große Transformation (Energie-, Verkehrs-, Wohn- und Verhaltenswende) gehe zu langsam, man müsse sie beschleunigen.

Obwohl die Thesen von den Grenzen des Wachstums nun schon über 50 Jahre alt sind und die Industrie, wollte man der Propaganda folgen, schon jahrzehntelang für den zu erwartenden Untergang des Planeten verantwortlich gemacht wurde, machen sich führende Vertreter der Industrie immer noch kein wirkliches Bild davon, worauf der Begriff der großen Transformation eigentlich abzielt. Der Einzige, der es überhaupt wagte, seine Zweifel über die gegenwärtigen Ereignisse in die Diskussion zu bringen, war Volker Wissing, Minister für Digitales und Verkehr. Er sagte folgendes (hier): *„Manche sind mit Degrowth unterwegs und meinen, dass die Schrumpfung der Industrieländer die Lösung sei. Ich halte das für brandgefährlich, weil es den Zusammenhalt unserer Demokratien gefährdet und ich rufe dazu auf, gemeinsam mit allen Verantwortlichen für eine wachstumsorientierte Transformation zu stehen.....“*

Nach dem Verständnis der Urheber dieses Begriffs ist aber eine „wachstumsorientierte Transformation“ gerade das Gegenteil der angestrebten Veränderung. Dreierlei ist ferner in Erinnerung zu rufen:

1. Das Abschalten der Kernkraftwerke.
2. Die Sprengung der Ostseepipeline.
3. Die sogenannte Klimapolitik und ihre Energiewende.

Infolge dieser bewusst herbeigeführten Ereignisse ist die Industrie in

Deutschland weitgehend auf Energietechniken angewiesen, die nicht nur **niedrigste Leistungsdichten** aufweisen, sondern dazu noch extrem **wetterabhängig** sind. Fachleute haben über Jahre hinweg immer wieder davor gewarnt, welche Folgen das für den Industriestandort Deutschland haben würde.

Es wird damit absichtlich ein physikalischer Zwang eingeführt, der seit Mitte der 70er Jahre in den Kreisen des Club of Rome als „*Soft Energy Path*“, als weicher Weg der Energieversorgung bezeichnet wurde. Seit vielen Jahrzehnten war bei den Gegnern einer wachstumsorientierten Industriegesellschaft bekannt, dass dieser Weg so gut wie automatisch eine Systemveränderung herbeiführen und schließlich in einer **postindustriellen Mangelwirtschaft** enden würde. Diese Systemveränderung (Degrowth) wird in den vom Wuppertal-Institut veröffentlichten Schriften zum Thema „Große Transformation“ ausführlich beschrieben (hier). All das ist ebenfalls bei AGORA in dem Papier „Energie und Dezentralität“ von 2017 ausführlich dokumentiert (hier). Die Agora Energiewende propagiert ganz bewusst auf der Grundlage dieser Umstände eine bevorstehende Zeitenwende. Das Zeitalter „hoher Energiedichten“ wird für beendet erklärt und das neue Zeitalter mit „verdünnter Energie“ angekündigt.

Wetterabhängige Technik, digitale Vernetzung immer kleinteiligerer Strukturen, überbordende Dokumentationspflicht und ein zunehmend chaotischer Marktmechanismus benötigen ein krebbsartig wachsendes Management, das mit dem Ausdruck „Sand im Getriebe“ nur unzureichend charakterisiert ist. Im Vergleich mit dem vorher vorhandenen, bestens organisierten Energiesystem, welches wetterunabhängig für sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Stromproduktion sorgte, ist es nicht übertrieben, diese Methode als eine Waffe gegen die Industriegesellschaft zu bezeichnen.

Alleine die beim Klimakongress genannte Liste der umgehend zu bewältigenden Infrastruktur-Aufgaben im Sinne der geplanten Transformation macht deutlich, dass die Ideologie vom Klima-Untergang jede rationale Herangehensweise verdrängt hat: 50 neue Gaskraftwerke, 14.000 km neue Stromnetze, 11.000 km Wasserstoffnetz. Dazu kommt die Sanierung von 4000 maroden Autobahnbrücken, eines maroden Schienennetzes und die Sanierung von Schleusen und Engpässen bei den Wasserstraßen.

Man muss kein Industriemanager sein, um zu erkennen, dass unter den entstandenen Rahmenbedingungen alle Voraussetzungen für einen beschleunigten Ruin des deutschen Industriestandorts gegeben sind. Vor dem Hintergrund eines gewaltigen Entwicklungspotentials im Rest der Welt sagte Russwurm dann auch ahnungsvoll: „Ich möchte nicht Außenminister dieses Landes sein, wenn ich nicht mit wirtschaftlicher Stärke argumentieren könnte, denn nur damit zu argumentieren, dass wir die moralisch stärkeren sind....das werden unsere Gesprächspartner nicht aufnehmen wollen.“